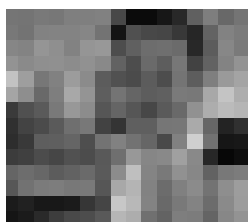


WALSPLITTER

Europa - Wenn drei und mehr sich streiten ...

(ergué) - Fast unbemerkt musste die „Partei mam Juncker“ am Sonntag eine fast erdrutschartige Niederlage hinnehmen: Bei den Europawahlen sackte der Stimmenanteil der CSV von 37,1 auf 31,3 Prozent ab. Ein Minus von 5,8 Prozent. Natürlich wirkte sich hier aus, dass Juncker, Frieden und andere Parteigrößen nicht kandidierten - doch das Handicap, keine Doppelkandidaturen präsentieren zu können, galt auch für die anderen im EU-Parlament vertretenen Parteien. Dass die Schwarzen mit nicht einmal einem Drittel der Stimmen - wie gehabt - drei der sechs Europasitze einheimsten, hat einerseits mit dem schlechten Abschneiden der LSAP und ihres Europa-Spitzenkandidaten Robert Goebbels zu tun. Andererseits damit, dass kleine, chancenlose Gruppierungen der CSV aus der Patsche halfen. Das Wahlziel der Sozialisten, einen zweiten Sitz zu erringen, wurde diesmal nur knapp verfehlt. Am Ende fehlten 7.808 Stimmen - das sind 0,7 Prozent der Gesamtstimmen - um der CSV den Restsitz abzunehmen. Hätte die Truppe um Robert Goebbels ihr Resultat von 2004 halten können, wäre der zweite Sitz mehr als sicher gewesen. Doch statt der 22,1 Prozent von 2004, schaffte die LSAP 2009 nur mehr 19,5 Prozent. Fast hätten die Liberalen mit ihrem Zugpferd Charles Goerens nicht nur die Grünen, sondern auch die Sozialisten überholt und sich den zweiten Sitz gesichert. Trotzdem ist ungewiss, ob das RTL-Wetter in Zukunft nicht doch aus Straßburg beziehungsweise Brüssel gesendet wird. Denn wenn Goerens zu höheren, europäischen Aufgaben berufen werden sollte, wird Newcomer und Fernseh-Wetterfrosch Max Kuborn sein Mandat erben. Hätten die Grünen oder die LSAP ihre Listen in Richtung déi Lénk geöffnet, wäre der dritte Sitz der CSV nicht zustande gekommen. Auch ein Verzicht auf eine - aussichtslose - Teilnahme von déi Lénk an den Europawahlen würde das Stimmenpotential links der Mitte in einem Maße vermehren, dass ein Sitzgewinn auf Kosten der CSV ohne weiteres möglich wäre. Allerdings hat das von der CSV orchestrierte Parteienfinanzierungsgesetz Manövern dieser Art einen Riegel vorgeschoben: Die kleinen Parteien müssen - wenn sie in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung und sonstiger Finanzierungen kommen wollen - für die Europawahl eigene, getrennte Listen aufstellen. Damit dürfte die CSV-Hegemonie auf EU-Ebene bis auf weiteres gesichert sein. Sollte Viviane Reding erneut Kommissarin werden, so wird neben Dauerbrenner Astrid Lulling und CSV-Fraktionssekretär Frank Engel auch der christliche Gewerkschafter Georges Bach ins EU-Parlament einziehen.

ADR - Extrême couac

(dv) - C'était entendu. Pour nombre de commentateurs et de sondeurs, l'ADR appartenait déjà aux vainqueurs du scrutin du 7 juin. D'autant plus que cela aurait correspondu à une tendance européenne, qui a fait la part belle aux différentes familles de la droite dure dans la plupart des Etats membres. Mais comme souvent, le Luxembourg est un cas à part : dimanche soir, à mesure que se confirmait la tendance à la baisse, les cadres, militant-e-s et candidat-e-s du parti de la droite populiste, voyaient leurs mines blémir, tant ils y avaient cru. La confirmation de la perte de l'unique siège dans la circonscription Est fut un coup particulièrement rude. Et le comble, c'est que la désaffection de l'électorat de cette circonscription ne toucha nul d'autre que Robert Mehlen, le président du parti. Mais pour l'ADR, la défaite est plus problématique en termes de moyens financiers et parlementaires qu'en termes de suffrages : s'il n'a perdu que deux pour cent en moyenne nationale, ses quatre sièges ne lui permettent pas de former une fraction parlementaire. Raison pour laquelle il s'empessa de proposer au député élu de « Déi Lénk » André Hoffmann la formation d'un groupe technique, ce que ce dernier refusa immédiatement. L'ADR, qui avait parié sur un discours identitaire et occupé systématiquement les positions que le CSV abandonnait sur sa droite, assure néanmoins dans un communiqué de presse, qu'il entend maintenir le « processus de réforme interne ». Lundi soir, aussi bien le président que le secrétaire général Roy Reding ont été reconduits dans leurs fonctions après avoir proposé leur démission.

DOSSIER WALLEN

EUROPAWAHL

Rutsch nach rechts

Korbinian Frenzel

Konservativ bis rechtspopulistisch - das ist der Trend dieser Europawahl, bei der weit mehr als die Hälfte der Wähler ganz zu Hause geblieben ist. Doch nicht nur links-liberale Mehrheitswünsche sind dabei zerplatzt - angesichts der Stärke der EU-Gegner steht es auch schlecht für eine konservativ-liberale Mehrheit.

Der Gesichtsausdruck des Martin Schulz ließ keinen Zweifel zu. Dies sei ein sehr trauriger Abend für die Sozialdemokratie in Europa, erklärte der sichtlich erschütterte Fraktionschef der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) am Sonntagabend per Live-Schaltung nach Brüssel. Wenige Minuten zuvor waren die letzten Wahllokale in der Europäischen Union geschlossen worden. Und mit jeder neuen Hochrechnung wuchs die Gewissheit: Dieser 7. Juni wird in die Geschichte der Partei als bittere Niederlage eingehen. Die Sozialdemokraten, die von 1979 bis 2004 die stärkste Fraktion im Europa-Parlament stellten, werden im neuen Parlament nur noch etwas mehr als 20 Prozent der Sitze innehaben, das sind fast sieben Prozentpunkt weniger als 2004. Der Negativtrend hatte die Sozialdemokraten europaweit erfasst, die regierenden in Großbritannien und Deutschland genauso wie die oppositionellen in Frankreich und Italien. „Warum verlieren wir, wenn doch eigentlich die Idee des unkontrollierten Marktes auf breiter Front verloren hat“, diese Frage hing wie dichter Rauch über den Köpfen der Genossen,

die sich im Brüsseler Parlament versammelt hatten.

Mit dem Ergebnis der SPE hat die Europa-Wahl einen klar erkennbaren großen Verlierer - doch die vier Wahlgänge im Juni, mit denen vergangenen Donnerstag Großbritannien und die Niederlande den Anfang machten, brachten noch eine Reihe anderer Resultate hervor, deren Tragweite erst allmählich deutlich wird und die den Brüsseler Politik-Alltag der nächsten fünf Jahre stark verändern könnten. Noch am offensichtlichsten schlug die Nachricht von der geringen Wahlbeteiligung ein. Erneut wurde der bereits 2004 erreichte Tiefststand (45,5 Prozent) bei der Wahlbeteiligung unterboten. Diesmal gingen nur noch 43,1 Prozent der rund 375 Millionen Wahlberechtigten an die Urne. In einigen der 2004 beigetretenen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten war es nur jeder fünfte Bürger, der sein Recht zu wählen nutzte. Während der konservative Präsident des Europäischen Parlaments, der Deutsche Hans-Gert Pötering, noch am Wahlabend versuchte, diese Zahlen mit Blick auf US-amerikanische Wahlbeteiligungen zu relativieren, sprach SPE-Chef Schulz von einer „Legitimationskrise“ der EU-Volksvertretung.

Nicht nur Nicht-Wähler, sondern auch ein immer größerer Teil derjenigen, die zur Wahl gegangen sind, haben ihre Skepsis gegenüber der EU ausgedrückt. Die Liste der Parteien, die erfolgreich rechtspopulistisch und rechtsextremistisch Anti-EU-Töne angestimmt hat, ist diesmal länger

Dank Wahlpflicht gedopt:
Die Brüder Schleck machten
Werbung für die Europawahlen
und trugen wie zu erwarten zu
einer Rekordwahlbeteiligung
in Luxemburg bei.



FOTO EUROPARLAMENT/FLICR

denn je: in Österreich haben knapp 40 Prozent für FPÖ, BZÖ oder die Liste des EU-Gegners Hans-Peter Martin gestimmt. In Großbritannien setzte sich die United Kingdom Independent Party als drittstärkste Kraft des Landes noch vor der Labour Party durch. Das niederländische Ergebnis hatte bereits zum Auftakt deutlich gemacht, dass rechtspopulistisches Gedankengut weit in die Mitte der Wählerschaft vorgedrungen ist. Die islam-feindliche Liste von Gerd Wilders holte dort 17 Prozent. Auch in Osteuropa konnten rechtsextremistische Parteien teils hohe Ergebnisse erzielen: In Ungarn kamen sie auf 15 Prozent, in Bulgarien auf elf und Rumänien auf sieben Prozent.

Den größten Zuwachs verzeichnete demnach auch die Gruppe der Abgeordneten, die sich zumindest jetzt noch nicht einer bestehenden Fraktion im Europa-Parlament anschließen will. Mit 12,6 Prozent oder 93 Abgeordneten besetzen sie den dritten Platz noch vor den Liberalen. Bei der Wahl 2004 waren es lediglich 3,8 Prozent.

Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering sprach zwar noch am Wahlabend erfreut von einer „proeuropäischen Mehrheit im Parlament“ - doch machte er damit im Umkehrschluss bereits das Problem deutlich: Die EU-feindlichen oder -kritischen Stimmen haben im Europäischen Parlament mittlerweile so an Gewicht gewonnen, dass sich die Frage, ob es eine proeuropäische Mehrheit gibt, überhaupt stellt. Und so erscheint - auch wenn die Sozialdemokraten verloren haben

- der Sieg der anderen relativ. Sowohl die konservative Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP, 35,7 Prozent) als auch die Liberalen (ALDE, 10,9 Prozent) konnten ihre Ergebnisse von 2004 bei leichten Verlusten lediglich behaupten. Gleiches gilt für die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken (GUE, 4,5 Prozent). Lediglich die Grünen haben im Bereich der etablierten und proeuropäischen Parteien EU-weit deutlich zulegen und damit ihr Ergebnis um zwei Prozentpunkte auf 7,1 Prozent steigern können. Zu verdanken ist dies nicht zuletzt dem Erdrutschsieg der französischen Grünen, die Daniel Cohn-Bendit auf mehr als 16 Prozent und damit auf Augenhöhe mit der dortigen sozialistischen Partei brachte.

Trotz des grünen Erfolges bleibt eine linksliberale Mehrheit fernab der Realität - zu wenig bringen die Sozialdemokraten auf die Waagschale. Mit insgesamt 326 Sitzen der insgesamt 736 Sitze wären SPE, Liberale, Grüne und Linkssozialisten noch immer weit von der notwendigen absoluten Mehrheit von 369 Sitzen entfernt. Dass die Linke weitere Stimmen aus dem unabhängigen Lager und dem Feld der Fraktionslosen gewinnen könnte, gilt als unwahrscheinlich. Allenfalls Verhinderungscoalitionen zum Beispiel gegen Personalvorschläge wären hier möglich, wenn sich also Europa-Gegner, die aus Prinzip mit Nein stimmen, mit einem politischen Nein der linken Fraktionen treffen. In der sozialdemokratischen Führung ist klar: „Darauf können wir nicht bauen.“

Das gute Abschneiden der Rechtspopulisten macht aber auch den Konservativen und Liberalen einen Strich durch die Rechnung: der gerade von den Liberalen gehegte Wunsch, nach der Europawahl eine ideologisch klare liberal-konservative Koalition zu schmieden, dürfte im neuen EU-Parlament schwer zu erreichen sein. Denn die Stimmzuwächse des rechten Lagers sind fast alle im populistischen Feld gelandet - und somit nicht in zusätzlichen Sitzen für EVP und ALDE. Zwar bringen beide Fraktionen es auf insgesamt 343 Sitze. Doch auch damit liegen die Bürgerlichen unter der notwendigen absoluten Mehrheit. Knapp über der notwendigen Mehrheit lägen sie nur, wenn sie die nationalkonservative Fraktion des „Europa der Nationen“ (UEN) ins Boot brächten. Doch angesichts der kaum vorhandenen Fraktionsdisziplin im Europäischen Parlament wäre auch eine solche Koalition „auf Kante genäht“.

Noch am Wahlabend sprach sich der liberale Fraktionschef Graham Watson dennoch erneut deutlich gegen eine „technische Mehrheit“ aus - eine Mehrheit also, wie sie Konservative und Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren immer wieder praktiziert hatten, um mit gegenseitigen Kuhhandeln und Absprachen ihre jeweiligen Präferenzen durchzusetzen. Doch die Zahlen sprechen ihre eigene Sprache: Während es im letzten Parlament oft einfach nur der bequemere Weg für die beiden großen Fraktionen war, zusammen-

zuarbeiten, könnte es im neuen Parlament alternativlos sein - zu stark ist der rechte Rand ausgefranst. Die EU-Politik bekomme „österreichische Verhältnisse“, hieß bereits während des Wahlabends im Europäischen Parlament. In dem Land, das bezeichnenderweise mehr als jedes andere den Ruck nach rechts bei dieser Europawahl zelebrierte, war in den 90er Jahren genau das eingetreten: Die ewige große Koalition führte am Ende dazu, dass beide Parteien so schwach waren, dass andere Koalitionen kaum noch möglich waren.

Die spannende Frage der nächsten Wochen bis zur Konstituierung des Parlamentes am 14. Juli wird sein, ob aus dem Lager der Europa-Gegner und Populisten eine neue eigene Fraktion erwächst. Die britischen Tories, die bisher in der EVP-Fraktion waren, haben bereits angekündigt, dass sie sich mit tschechischen Kollegen aus dem Feld des EU-kritischen Präsidenten Vaclav Klaus sowie den polnischen Abgeordneten der Partei der Kaczynski-Brüder zusammenschließen wollen. Für eine Fraktion im Europa-Parlament ist allerdings etwas mehr europäischer Geist notwendig. Von Juli 2009 an müssen Fraktionen mindestens aus 25 Abgeordneten bestehen, die aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten stammen. Ob soviel europäischer Teamgeist auch bei den Gegnern der Integration zu finden sein wird, bleibt abzuwarten.

Korbinian Frenzel arbeitet als Journalist für das Deutschlandradio.